

## Resolution auf dem 38. Deutschen Ev.Kirchentag

**Wir fordern die Bundesregierung auf, dem UN- Atomwaffen-Verbots-Vertrag durch Unterschrift beizutreten und ihn dem Bundesrat zur Ratifizierung zuzuleiten.**

Schon seit mehr als 15 Monaten dauert der Krieg in der Ukraine.

Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands hat nicht nur in Europa eine beispiellose Krise ausgelöst. Er hat Auswirkungen auf alle Kontinente und verschärft alle anderen Krisen auf der Welt wie den Hunger in vielen Ländern, den globalen Klimawandel, die Energiesituation und die Flüchtlingsströme, um nur einige zu nennen.

Die verlustreichen Kämpfe mit Opfern auf beiden Seiten haben das Potential zu immer weiterer Eskalation, haben schon zu einer Militarisierung im Denken und zum Beginn einer kaum vorstellbaren Aufrüstung geführt. Und ein Ende ist nicht in Sicht.

Dabei sind **Schritte zu einer Deeskalation das Gebot unserer Zeit**, wenn wir nicht auf ein atomares Inferno zusteuern wollen. **Jetzt ist die Zeit zu handeln!**

Seit dem 22. Januar 2021 ist der **Atomwaffenverbotsvertrag** völkerrechtlich verbindlich in Kraft. Er verbietet jegliche Entwicklung, Erprobung, Herstellung, Erwerb oder Lagerung von Kernwaffen, einschließlich deren unmittelbare oder mittelbare Annahme ihrer Verfügungsgewalt. Bisher haben 92 Staaten diesen Vertrag unterzeichnet und 68 Staaten haben ihn ratifiziert. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Zustimmung bisher verweigert und will an der sogenannten atomaren Teilhabe festhalten. Dabei hatten schon 2010 die Fraktionen des Bundestages von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen in einem gemeinsamen Antrag an die Regierung u.a. gefordert, verbindlich auf den Einsatz von Atomwaffen zu verzichten und auf den Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland zu drängen.

(siehe Drucksache 17/ 1159)

Und schon im „Zwei + Vier-Vertrag“ zur deutschen Einheit (seit 15.03.1991) haben die damaligen deutschen Regierungen sich auf Verzicht von Besitz, Herstellung und Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen verpflichtet. Und dies gelte auch für das vereinte Deutschland. (siehe Artikel 3,1)

**Ein Schritt zur Deeskalation der gegenwärtigen bedrohlichen Spannungen durch den Krieg gegen die Ukraine ist die Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffen-Verbots-Vertrages (AVV) durch die deutsche Regierung. Darum bitten wir Sie, dieser Resolution zuzustimmen und sie sich zu eigen zu machen.**

Friedensinitiative der Kirchengemeinde und  
„Unser Lieben Frauen“ Bremen  
Rudolf Dibbern, Joseph-Haydn-Platz 2  
28209 Bremen Mail: e.r.dibbern@freenet.de

Ev. Andreasgemeinde, W.v.Siemens-Str.55  
28357 Bremen

Resolution zum Podium :

Samstag: Wer Frieden will, bereite sich auf Krieg vor?

Tel. 0157-3729 5584